

Medienspiegel Woche 40 / 2015

	Seite
Blick, 20.09.2015 «Es kann doch nicht jede Kindergärtnerin sein»	1
NZZaS, 27. September 2015 Lehrer warnen vor Bildungsabbau	3
BaZ, 27.09.2015 Das letzte Wort den Volksvertretern	5
Schule Schweiz, 27. September 2015 Was ist los mit der NZZ?	7
az, 29.09.15 Das Departement BKS des Kantons Aargau im Kreuzfeuer der Lehrplan 21- Gegner	10
Südostschweiz, 30.09.2015 Mütter und Grossmütter sind alarmiert!	12

Volksinitiative – Gute Schule Graubünden – Mitsprache des Volkes bei Lehrplänen

Lehrplan 21 braucht breite Legitimation
[Presseerklärung, 1.10.2015](#)

Webseite
www.guteschule-gr.ch/

Streit um Lehrplan erreicht Graubünden
[Südostschweiz, 2.10.2015](#)

Blick, 20.09.2015

Immer mehr Kinder von Studenten, Rentnern oder Ungelernten betreut

«Es kann doch nicht jede Kindergärtnerin sein»

Die oberste Zürcher Kindergärtnerin schlägt Alarm: Weil Lehrpersonen fehlen, werden Rentner und Ungelernte geholt. Gut für die Kids sei das nicht.

Basteln, Singen und Spielen war gestern. «Der Kindergarten hat heute einen fixen Lehrplan und soll die Buben und Mädchen professionell an die Schule heranführen», sagt Brigitte Fleuti (52). Die Präsidentin vom Verband Kindergarten Zürich arbeitet seit 30 Jahren im Beruf. «Noch nie waren die Anforderungen so hoch. Ich bin Kindergartenlehrerin, Sozialarbeiterin, Lerncoach und Familienberaterin in einem.»

Ein Job für gut ausgebildete Fachkräfte also. Doch genau daran mangelt es. In immer mehr Kantonen werden Kinder im Chindsgi von Studenten, Rentnern oder Ungelernten betreut.

In Zürich stehen auf Kindergartenstufe neu zehn Personen im Einsatz, die in einer Art Schnellbleiche nur drei Tage geschult wurden. «Das ist sehr unglücklich für die Kinder», sagt Brigitte Fleuti. «Sie dürften kaum richtig unterrichtet und gefördert werden.» Auch seien die Lehrpersonen vermutlich überfordert. «Es kann doch nicht jede Kindergärtnerin sein!»

Das Zürcher Volksschulamt betont, dass diese Blitzlehrer nun laufend geschult werden. Dreitägige Einführungskurse, vier Coachingtage und Begleitung am Ort reichten aus, um einen soliden Kindergartenunterricht zu bieten, sagt Urs Meier (62), stellvertretender Chef. Praktisch alle Personen hätten einen Bezug zur Arbeit mit Kindern. Er betont allerdings: «Es ist eine Notmassnahme, die auf ein Jahr befristet wurde.»

Noch weiter geht der Aargau: Dort braucht seit 2008 keine Berufsausübungsbewilligung mehr, wer im Chindsgi arbeiten will. «Die Schulpflege kann anstellen, wen sie will», sagt Manfred Dubach (57), Geschäftsführer des kantonalen Lehrerverbands. «Etliche Stellen sind mit Personen mit völlig ungenügender oder gar keiner pädagogischen Ausbildung besetzt.»

Das Aargauer Bildungsdepartement spricht von Ausnahmen. Bei einer Erhebung vor drei Jahren hatten jedoch 8,4 Prozent der Lehrpersonen in Kindergärten kein stufengerechtes Diplom.

Viele Kantone setzen auf die Jugend, lassen angehende Lehrpersonen auf dieser Stufe schon während dem Studium Praktika und Vikariate übernehmen. In Bern hingegen kommen Rentner zum Einsatz. «Lehrpersonen des Kindergartens haben die Möglichkeit, nach dem 70. Altersjahr weiterzuarbeiten», sagt Martin Werder (57), Kommunikationsleiter der Erziehungsdirektion. «Die früher bestehende Altersgrenze wurde per 1. August 2014 gestrichen.»

Für Brigitte Fleuti vom Zürcher Verband ist auch dies keine optimale Lösung, um Stellen zu besetzen. «Die hohen Anforderungen auch mit 70 Jahren noch zu erfüllen, ist wohl nur in Ausnahmefällen möglich.»

Statt Rentner oder Unausgebildete einzustellen, müsse man das Problem an der Wurzel packen. Grund für den Mangel sei die schlechte Bezahlung der Chindsgilehrer. «Vielerorts verdienen sie nicht gleich viel wie Primarlehrer.» Und das, obwohl sie die gleiche Ausbildung haben. «Deshalb ist die Stufe vom Lohn her nicht attraktiv.»

Der Kanton Bern hat reagiert, auf dieses Jahr hin Kindergärtner auf die gleiche Lohnstufe gehoben wie Primarlehrer. Auch im Aargau beschloss der Grosse Rat letzten Dienstag, die Löhne anzugleichen. «In Zürich sind wir leider noch Lehrpersonen zweiter Klasse», sagt Fleuti. «Wir haben eine Petition gestartet. Eine Lohnklage ist in der Pipeline.»

<http://www.blick.ch/news/schweiz/immer-mehr-kinder-von-studenten-rentnern-oder-ungelernten-betreut-es-kann-doch-nicht-jede-kindergaertnerin-sein-id4184008.html>

KOMMENTAR

Die Kindergärtnerinnen werden in den PHs gleich ausgebildet wie die Primarlehrerinnen. Damit wollte man die Grundstufe durch die Hintertüre einführen. Die Grundstufe wurde im Kanton Zürich vom Volk jedoch verworfen. Trotzdem fährt die PH mit der Grundstufen-Ausbildung weiter. Die Folgen: Wer diese Ausbildung absolviert hat, wird die besserbezahlte Stelle als Primarlehrer wählen. Deshalb jetzt der Kindergärtnerinnenmangel. Hat man die Ausbildung mit Matura usw. akademisch hochgeschraubt, um jetzt die Kindergärten mit nicht ausgebildeten Blitzlehrern zu besetzen zu können?

LeserbriefEXPRESS Nr. 39 vom 27.9.2015

NZZaS, 27. September 2015

180 Millionen Franken sparen

Lehrer warnen vor Bildungsabbau

Die kantonalen Sparpakete liessen die Bildung ausbluten, sagt der Lehrerverband. Er hat erstmals ausgerechnet, wie hoch die Einbussen in der Deutschschweiz sind.

von Katharina Bracher

18 von 21 Deutschschweizer Kantonen haben zwischen den Jahren 2013 und 2018 Sparmassnahmen in der Bildung entweder geplant oder schon realisiert. Dies ergibt eine Umfrage des Lehrerdachverbandes (LCH). «Wir gehen von mindestens 180 Millionen Franken Bildungsabbau aus, der seit 2013 erfolgt ist», sagt LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans. Das seien jedoch nur jene Sparbeiträge, die eindeutig identifizierbar seien. «Einen Teil der Kosten für die Bildung übernehmen die Gemeinden», sagt Peterhans. Wie viel auf kommunaler Ebene eingespart wurde, hat der LCH in seiner Umfrage nicht erhoben. Hingegen wurde erfasst, welche Sparmassnahmen in den Kantonen künftig anfallen. «Wir gehen von mindestens 180 Millionen Franken aus, die in den Kantonen bis 2018 eingespart werden müssen», sagt Peterhans.

Ein Grossteil betreffe die Anstellungsbedingungen der Lehrer: Pensumsreduktionen, Verschlechterung bei den Löhnen und den Sozialleistungen. Aber auch der Unterricht sei mit zweistelligen Millionenbeträgen vom Abbau betroffen. «Häufig sind Klassenvergrösserungen, Lektionenabbau und Streichung von Freifächern und Extra-Stunden, die es dem Lehrer erlauben würden, sich intensiver mit den Lernproblemen der einzelnen Schüler zu befassen», sagt Peterhans. Aber auch mit Gebühren versuchten die Kantone zu sparen, etwa indem die Eltern vermehrt zur Kasse gebeten würden.

Weniger Geld pro Schüler

Zuletzt hat der Kanton Zürich seine Sparpläne öffentlich gemacht. Am Freitag gab die neue Bildungsdirektorin Silvia Steiner (cvp.) bekannt, dass ihr Bereich jährlich 49 Millionen einsparen müsse. 20 Millionen davon betreffen allein die Volksschule. «Ich wüsste nicht, wo wir das einsparen sollten», sagt Lilo Lätzsch vom Zürcher Lehrerverband. Vor allem, da die Schülerzahlen stark steigen. «Wie sollen wir mit mehr Schülern und weniger Geld die Bildungsziele erreichen?», fragt Lätzsch. Ausserdem müsse Zürich, wie die meisten Kantone, gleichzeitig den Lehrplan 21 einführen, was auch nicht kostenlos zu haben sei.

Christian Amsler (fdp.), Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren, spricht angesichts der Zahlen von einer «ganz neuen Dimension» (Interview). Früher habe man die Bildung nur im Notfall angetastet. Doch weil die Kosten in anderen Bereichen gestiegen seien, müsse nun auch die Bildung ihren Teil zu den Einsparungen beitragen. Anders als Lätzsch sieht der Schaffhauser Bildungsdirektor noch Spielraum für Einsparungen. «Es hat unzählige Landgemeinden, die ganz kleine Klassen haben», sagt Amsler. Die Zusammenlegung zwischen den Gemeinden müsse unbedingt geprüft werden.

Eine Methode, die man im Kanton Baselland bereits angewendet hat. Trotzdem habe das am Spardruck nicht viel geändert, sagt Roger von Wartburg vom Baselbieter Lehrerverband. «Es ist das dritte Sparpaket in zwölf Jahren, die Bildung ist jedes Mal erheblich betroffen», sagt er.

Lieber auf die Privatschule

Auch die Baselbieter haben neu eine bürgerliche Bildungsdirektorin. Insgesamt 50 Millionen muss sie einsparen. «Es gibt Verschlechterungen bei den Anstellungsbedingungen», räumt Monica Gschwind (fdp.) ein. «Aber das betrifft nicht nur die Lehrer, sondern alle Kantonsangestellten.» Sie wolle vermeiden, dass die Volksschule einseitig von den Einsparungen betroffen sei. Deshalb prüfe man nun, den jährlichen Beitrag von 169 Millionen Franken, den der Kanton an die Universität Basel bezahle und der 20 Prozent des Budgets ausmache, zu reduzieren.

Bern baut derzeit 300 Vollzeitstellen auf allen Schulstufen ab. «Das passiert schleichend, indem nicht nur Klassen geschlossen, sondern einzelne Lektionen gestrichen werden», sagt Gewerkschaftsleiter Christoph Michel vom Lehrerverband Bern. Heute seien Klassen von 26 und mehr Schülern keine Seltenheit mehr. «So erstaunt es nicht, wenn Eltern sich bereits überlegen, die Kinder auf eine Privatschule zu schicken», sagt Michel. Dem widerspricht Bernhard Pulver (gp.), Bildungsdirektor des Kantons Bern. Die Privatschul-Quote sei nicht angestiegen. Weitere Sparpakete seien auch nicht vorgesehen. Und den Stellenabbau habe man durch Pensenschwankungen realisiert, sagt Pulver: «Es ist nicht so, dass es in Bern arbeitslose Lehrer gibt.»

<http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/lehrer-warnen-vor-bildungsabbau-1.18620428>

"Die Zahlen bewegen sich in einer neuen Dimension"

Interview mit Christian Amsler, Präsident der Deutschschweizer Konferenz der Bildungsdirektoren: "Jetzt müssen wir Liebgewonnenes loslassen."

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/NZZaS-27.-September-2015.pdf>

Leserbrief zu NZZ am Sonntag, 27. September 2015: Lehrer warnen vor Bildungsabbau

Sparen am rechten Ort

Christian Amsler erweckt den Eindruck, dass vor allem im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen die Kosten gestiegen sind und dass ein Qualitätsabbau in der Bildung nicht vermeidbar ist. Kein Wort davon, wie die Kostenentwicklung im Volksschulwesen aussieht. Ohne ständige Schulreformen und jetzt die Einführung des Lehrplans 21 mit neuen Lehrmitteln, Lehrerschulung, zunehmender Testerei und Bürokratie wären die Kosten niemals so hoch; zudem wäre es ohne diesen Lehrer, Kinder und Eltern belastenden Wandel kaum zu dem immer offensichtlicheren Bildungsabbau gekommen. Sicher gäbe es erhebliches Sparpotential bei den Fachleuten der EDK, welche die heutige und kommende Misere zu verantworten haben.

Lisa Leisi

BaZ, 27.09.2015

Das letzte Wort den Volksvertretern

Von Thomas Dähler

Ein Kommentar zum Baselbieter Streit über die Zuständigkeit bei der Einführung des Lehrplans 21.

Nein, es pressiert überhaupt nicht. Die Eile, mit der die Schule an allen Ecken und Enden reformiert werden soll, ist nicht nachvollziehbar. Die Schule steckt nicht in einer Krisensituation, aus der sie sofort herausgeführt werden muss. Es ist keineswegs dringlich, den Lehrplan 21 bereits gestern einzuführen.

Das Lamento über die «Planungssicherheit», die für die Baselbieter Volksschule fehlt und dringend wieder hergestellt werden muss, ist nicht mehr als eine unnötige Aufregung von Bürokraten. Der Landrat hat sich diese Woche davon nicht beirren lassen und auf das kommende Jahr eine Volksabstimmung über den Lehrplan 21 angesetzt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das Volk nichts zur Volksschule zu sagen haben soll. Bei der Abstimmung im kommenden Winter oder Frühjahr wird es darum gehen, ob der Lehrplan 21 im Baselbiet von einem Expertengremium oder von den Volksvertretern in Kraft gesetzt werden soll.

Als klassische Anleitung untauglich

Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Der Lehrplan 21 ist ein Werk, das von Experten entworfen wurde und nun Schritt für Schritt zu einem praxistauglichen Kompass umgestaltet werden muss. Anfänglich war es überhaupt ausgeschlossen, die Entstehung des Lehrplans 21 öffentlich zu machen. Die mit der Ausarbeitung beauftragten Bildungsexperten hatten die Entwürfe vorerst eifrig geheim gehalten, damit nicht vorzeitig ein öffentlicher Diskurs vom Zaun gebrochen wurde. Doch die Quittung folgte auf dem Fuss: Bei der Vernehmlassung ertete das monströse Expertenwerk auf breiter Front Kritik. Inzwischen haben die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren eine korrigierte Version abgesegnet, von Ideologien weitgehend befreit und umfangmässig entschlackt.

Ob die jetzt gültige Version aber die definitive ist, kann noch nicht abgeschätzt werden. Schon nur deswegen ist es nicht zielführend, die Einführung möglichst schnell zu verfügen. Es ist gut möglich, dass die nach wie vor breite Opposition in vielen Kantonen dazu führt, dass der Lehrplan 21 noch einmal überarbeitet werden muss. Eines ist inzwischen klar: Als klassische Anleitung an die Lehrkräfte ist er untauglich. Mehr als ein übergeordneter Kompass ist er nicht. Es wäre durchaus sinnvoll, das Werk noch weiter nachzubessern und statt nur intellektuell formulierte Zielsetzungen auch einige konkrete Lerninhalte zu verankern. Lerninhalte würden, wie einst angestrebt, die Schulwechsel von Kanton zu Kanton erleichtern.

Freiheiten sind erwünscht

Auch in der jetzt freigegebenen Form ladet der Lehrplan 21 die Schulen vor allem ein, mit regelmässigen Tests zu kontrollieren, ob vorgegebene Ziele erreicht sind. Auch bei den Baselbieter Primarlehrern wurde bereits der Ruf nach zentralen Checklisten für Lehrplan-21-kompatible Schülerbeurteilungen laut. Doch glücklicherweise prägen noch keine jährlichen Kompetenzstufen den Schulalltag. Wenn Bildungsdirektorin Monica Gschwind diese Woche an der Versammlung des Lehrervereins dazu aufrief, Beurteilungskriterien frei und individuell festzulegen, weist

dies immerhin auf einen erfrischend pragmatischen Umgang mit dem nationalen Schulkompass hin.

Nichts wäre verheerender als eine gleichgeschaltete Beurteilungsbürokratie, die den Lehrkräften die Möglichkeiten eines individuellen Unterrichts nimmt und sie stattdessen zur blossen Lernaufsicht verpflichtet. Deshalb ist es auch zu begrüßen, wenn die Entscheide zum Lehrplan 21 von Volksvertretern statt von Bildungsexperten gefällt werden. Damit steigt die Chance, dass der Lehrplan 21 nur freigegeben wird, wenn er mit den nötigen Ergänzungen für den Schulalltag versehen ist. Diese müssen keineswegs neu erfunden werden, denn die Baselbieter Schulen haben schon bisher Kenntnisse vermittelt, die den Schülerinnen und Schülern zu den nötigen Fähigkeiten verholfen haben, später das private und berufliche Leben erfolgreich zu gestalten. Ohne praktische inhaltliche Ergänzungen ist der Lehrplan 21 nicht anwendbar.

Orientierung an der beruflichen Realität

Es ist bedauerlich, dass auf der politischen Ebene die Schulreformen zum Zankapfel zwischen links und rechts verkommen sind. Zwar ist es nachvollziehbar, dass im Schulalltag gesellschaftliche Sozialisierung und Leistungsorientierung gegeneinander abgewogen werden müssen. Doch wenn Schule Lebensschule sein will, braucht es beides. Wer die Leistungsorientierung gering schätzt und die Schulniveaus auf der Sekundarstufe verwässert, behindert die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg in den beruflichen Alltag.

Deshalb muss auch verhindert werden, dass der Nivellierung Tür und Tor geöffnet wird. Auf die obligatorische Schulbildung folgt die Ausbildung an einer weiterführenden Schule oder die Berufslehre. Die Volksschule ist darauf auszurichten, dass sich die Jugendlichen für unterschiedliche Zukunftsperspektiven entscheiden. Wenn die Aussicht auf eine bessere politische Abstützung dazu beiträgt, dass die Schule den Bezug zur Realität nicht verliert, kann dies auch den Bildungsexperten nur recht sein. (Basler Zeitung)

<http://bazonline.ch/basel/land/das-letzte-wort-den-volksvertretern/story/27110451>

Schule Schweiz, 27. September 2015

Was ist los mit der NZZ?

Haben Sie sich auch gewundert über den seltsamen Artikel von Walter Bernet, in welchem er den Kritikern des LP21 verborgene Agenden vorwirft und sie generell in die Ecke der Ewiggestrigen stellt?

Nun, Beat Kissling, Psychologe, Erziehungswissenschaftler und Beirat der renommierten Gesellschaft für Bildung und Wissen, kontert den tendenziösen Kommentar mit einem in seiner Eindringlichkeit einzigartigen Text. Darin geht es neben einer Textanalyse notgedrungen auch um die journalistische Redlichkeit einer angesehenen Publikation wie der Neuen Zürcher Zeitung.

Als Korrektiv zum zweckgefärbten Kommentar von Bernet verdient Kisslings Leserbrief weite Verbreitung. (uk)

Ein Ausrutscher der NZZ?

Leserbrief an die NZZ zum Artikel ["Die Schlacht um die Volksschule"](#) (NZZ, 18.9.)

von Dr. Beat Kissling

Hoppla – habe ich mich verlesen? In der NZZ eine Boulevardschlagzeile? Eine ganze Seite! Sehr prominent! Noch dazu kein Gastbeitrag, sondern aus der Feder eines langjährigen Redaktors mit Kompetenzen in Bildungsfragen (so das Impressum).

Die Lektüre der darin enthaltenen Botschaft enthüllt - der Titel lässt es schon erahnen - nicht gerade das Paradestück einer differenzierten Auseinandersetzung mit oder gehaltvollen Reflexion über die Fragen rund um den Lehrplan 21 und die zukünftigen Volksabstimmungen wie man es von einem NZZ-Beitrag erwarten würde. Bei näherer Analyse entpuppt sich der Text als ein durchschaubares Konstrukt zur Diskreditierung sämtlicher Kritiker des Lehrplan 21, was im Folgenden gezeigt wird.

Beim Terminus „Schlacht“ denkt man unweigerlich an zwei sich bekämpfende Parteien. Walter Bernet schildert stattdessen ein Szenario, in dem ausschliesslich diejenigen in die Schlacht ziehen, die auf die offenbar anmassende Idee kamen, Volksinitiativen zu lancieren. Sie, die den *Schulfrieden* stören, sind es, die der Bevölkerung ‚dur alli Böde dure‘ ermöglichen wollen, in Schulfragen sich auch eine Meinung zu erlauben und sich politisch einzumischen – welche Unverschämtheit! Das eigentliche Anliegen solch obstruktiver Renitenz sei rein restaurativ, gibt Bernet zu verstehen: nämlich eine Rückkehr zur autoritären, methodisch eindimensionalen Schule von gestern. Die Argumente, der laut Bernet clandestin gesteuerten Initiativkomitees seien diffus, floskelhaft, unzusammenhängend, ja abstrus, sodass klar werde: Hier wird intransparent und unredlich operiert. „Unzimperliche Abstimmungskämpfe“ seien vorprogrammiert, zumal bereits in der Vergangenheit bei der Abstimmung zum Bildungsartikel 2006 die Kritiker nach einem „*eingefahrenen Reiz-Reaktions-Schemata*“ gestritten und die realen Probleme der Volksschule ignoriert hätten.

So weit der erste Teil von Bernets Artikel, die Schilderung der Streitsüchtigen. Im zweiten Teil kommen umgekehrt die Garanten des Fortschrittes zu Ehren, deren verdankenswerte Arbeit für realistische Anpassungen an eine sich wandelnde Gesellschaft so flagrant von den Kritikern in den Dreck gezogen werde, indem sie z. B. den Lehrplan 21 als „Monster“ bezeichneten. In

Wirklichkeit hätten, wie Bernet weiter erklärt, all die verantwortlichen Schulexperten der Pädagogischen Hochschulen und Verwaltung nichts anderes getan, als in grosser Fleissarbeit den Willen des Volkes nach Harmonisierung umgesetzt, alles natürlich - im Unterschied zu den notorischen Querulanten - mit grösster Transparenz und Redlichkeit und zur allgemeinen Zufriedenheit. Das eigentliche Kernelement des Lehrplan 21, die „Kompetenzorientierung“, erklärt Bernet zur ausschliesslichen Chefsache der Lehrerbildung, worüber *Laien* ihren Kopf nicht zu zerbrechen hätten.

So einfach und klar schwarz-weiss präsentiert Bernet das bildungspolitische Szenario rund um den Lehrplan 21: Da die Guten, dort die Bösen, ganz wie wir es aus Märchen kennen. Interessant, dass er das Wort „Verschwörungstheorie“, das in vielen heutigen Debatten als Totschlagargument gerne zum Zuge kommt, nicht verwendet. Kann es sein, weil seine laufend eingestreuten Termini der „bösen, heimlich tätigen Mächte“ und sein ganzes Elaborat zu sehr selber danach riechen?

Der einzig sachliche Teil in Bernets Text bezieht sich auf den Fremdsprachenstreit der Kantone. Zu den strittigen Themen im Lehrplan 21 erfährt man inhaltlich als Leser nichts, was angesichts von Bernets intendierten Aussage aber nicht überrascht. Angesichts dieses Propagandatextes erscheint es paradox, dass einer der profiliertesten Kritiker der europäischen Bildungsentwicklung seit der Einführung von PISA (2000) und damit des Kompetenzbegriffs in seltener Häufigkeit die NZZ mit ganzseitigen Beiträgen bereichert – zuletzt mit dem samstags (NZZ, 19.9.2015) publizierten Artikel *„Bildung, optimieren, perfektionieren. Über neue Menschen, Bioingenieure und Transhumanisten“*. Konrad Paul Liessmann, renommierter Wiener Philosoph und Professor für Bildungswissenschaften, hat in Anlehnung an sein vor einem Jahr publizierten Buch *„Geisterstunde – Die Praxis der Unbildung“* im NZZ-Artikel vom 15. September 2014 mit dem Titel *„Das Verschwinden des Wissens“* die paradigmatische Rolle dieses Kompetenzbegriffs für die Schulbildung ausführlich erörtert. Im Lead des Artikels schreibt er: *„Unter dem Deckmantel der ‚Kompetenzorientierung‘ hat sich eine Grundkonstellation des Erkennens und damit der Bildung glatt in ihr Gegenteil verwandelt.“* Liessmann spricht von einem *„der radikalsten Veränderungen an Schulen und Universitäten (...), ein Bruch mit einer jahrhundertealten Tradition, eine völlige Neuorientierung dessen, was Bildungseinrichtungen zu leisten haben...“*, was durch das „Zauberwort“ Kompetenzorientierung, das die Lehr- und Studienpläne dominiere, ermöglicht werde. Sein Kommentar zum Lehrplan 21 im Buch *„Geisterstunde – Die Praxis der Unbildung“* unterscheidet sich markant von demjenigen Bernets: *„Der ‚Lehrplan 21‘ sieht denn auch Zentralisierung, Standardisierung und eine flächendeckende Kompetenzorientierung für die Grundschulen der Deutschschweiz vor; auf 550 monströsen Seiten wird ein bürokratisches Steuerungsinstrumentarium vorgelegt, das die Schweizer Lehrerschaft allerdings nicht hinnehmen will.“* (S.27) Liessmann legt ausserdem dar, dass dieses Kompetenzkonzept weder in der Pädagogik noch in der Bildungstheorie wurzle, sondern in der Ökonomie. Vor gut einem Monat, nämlich in der Basler Zeitung vom 8. August 2015, empfahl der von der NZZ geschätzte Wiener Intellektuelle der Schweiz folgerichtig ein „Reformmoratorium“. Warum Walter Bernet als Redaktionsmitglied und Bildungsverantwortlicher all dies entgangen sein soll, muss er der Öffentlichkeit plausibel machen.

Dieselbe Forderung nach einem Moratorium hat anfangs Mai 2013 eine Gruppe renommierter Erziehungswissenschaftler, Psychologen und Ärzte im Memorandum *„Mehr Bildung – weniger Reformen“* gestellt und exakt dieselbe Diagnose zur Reformentwicklung in der Schweiz gestellt. In diesem Memorandum heisst es u.a. *„Die Bildungsverwaltung setzt auf modische Versprechungen und vertraut internationalen Organisationen wie etwa der OECD, statt Erfahrungen der*

Bildungspraktiker und vorgängiger Erprobung von Neuem. Bewährte Eigenheiten des schweizerischen Bildungswesens gehen so verloren.“ Wer sind die clandestin gesteuerten, querulantisches Autoren dieses Memorandums, um Walter Bernets insinuierte Argumentationslinie aufzugreifen? U.a. bekannte Persönlichkeiten wie Prof. em. Dr. Walter Herzog, Prof. Dr. Allan Guggenbühl, Prof. Dr. Roland Reichenbach, Prof. Dr. em. Rolf Dubs, Prof. Dr. Fritz Osterwalder, Prof. Dr. Remo Largo, Prof. Dr. em. Urs Haeberlin.

Noch gewichtiger als die kritische, fachlich begründete Reflexion aus Kreisen der Wissenschaft sind wohl die Erfahrungen der „Betroffenen“, konkret der Lehrpersonen, Schüler und Eltern zu gewichten. Es wäre Herrn Bernet und der NZZ wärmstens empfohlen, mal wirklich ‚unter die Leute‘ zu gehen und die Eltern und Lehrpersonen (nicht die sogenannten Experten an PHs und in der Verwaltung) nach ihren Erfahrungen mit den Bildungsreformen der letzten Jahre zu befragen und zu schauen, was sie dazu veranlasst haben könnte, den enormen Aufwand zu betreiben, ohne Infrastrukturhilfen von grossen Parteien oder Organisationen Volksinitiativen zu lancieren; denn nicht zu vergessen: In der EDK besteht fast wie zu DDR-Zeiten absolute Einmütigkeit, von links bis rechts, von SP bis SVP: alle wollen diskussionslos den Lehrplan 21 einführen.

Michael Schönenberger, ebenfalls NZZ-Redaktor hat in der Vergangenheit einiges dazu beigetragen, dass bis anhin der Eindruck bei der Leserschaft Bestand hatte, in Sachen Bildungsdebatte sei das Bemühen der NZZ um sachliche Differenzierung gewährleistet, z. B. im Artikel „Lehrplan 21. Ein typisches Kind seiner Zeit“ vom 13.8.2013. Er problematisiert darin sehr vorsichtig, aber in präziser Weise die absehbaren Risiken der sogenannten Kompetenzorientierung und nimmt die Befürworter in die Pflicht: *„Es ist die Aufgabe der beteiligten Bildungsforscher, der Lehrerschaft die Vorteile des Kompetenzmodells gegenüber dem herkömmlichen Unterricht zu erklären. Dabei wäre der Paradigmenwechsel zu begründen, besonders weil es wenig Evidenz gibt, dass die Qualität der Schulabgänger mit Bildungsstandards erhöht wird. Die Bedenken gegenüber einer Bildungspraxis und Mentalität, bei der das Messbare zum Wichtigsten wird, wären zu zerstreuen. Mit der zweifelhaften Zusicherung, es werde in der Schweiz nie Schulrankings geben, ist es nicht getan. Wie werden korrumpierende Effekte auf Schulleitungen und Lehrpersonen ausgeschlossen? Was wird getan, damit hierzulande die negativen Erfahrungen, wie sie in den USA gemacht worden sind, nicht fatalerweise wiederholt werden?“*

Es drängt sich die Frage auf, was in der NZZ wohl geschehen ist, dass nicht die differenzierte, kritische journalistische Reflexion eines Michael Schönenbergers weiterhin die öffentliche Debatte begleitet, sondern stattdessen ein von Walter Bernet verfasstes Pamphlet prominent veröffentlicht wird, das offensichtlich die Kritiker der Lehrplan 21-Schulkonzeption und Initianten von kantonalen Volksinitiativen diskreditieren soll. Aber natürlich gerät man mit solchen Fragen und Aufforderungen zum Nachdenken wieder unter den Verdacht, Verschwörungstheorien das Wort reden zu wollen. Deshalb überlasse ich es den Leserinnen und Lesern selbst, sich einen Reim aus diesem NZZ-Kurswechsel zu machen.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/09/was-ist-los-mit-der-nzz.html>

az, 29.09.15

Das Departement BKS des Kantons Aargau im Kreuzfeuer der Lehrplan 21- Gegner

Harmonisierung heisst, mit anderen Bildungssystemen der Deutschschweiz zu harmonisieren. Die FDP Aarau organisierte einen Diskussionsanlass, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, was der Lehrplan21 für den Alltag der Schüler und Lehrpersonen bedeutet.

von ASIE



Leidenschaftliche Wortwechsel zwischen den Befürwortern um Victor Brun, stellvertretender Leiter der Abteilung Volksschule des Departements Bildung, Kultur und Sport (BKS) des Kantons Aargau und dem Initiativkomitee "Ja zu einer guten Bildung-Nein zum Lehrplan21" um Bruno Nüsperli prägen den Diskussionsabend. Zwischen den Lagern aufgestellt hat sich FDP Grossrätin Sabina Freiermuth-Salz, die mit ihren kritischen Fragen Schwachstellen in der Kommunikation des BKS aufzeigt: „Das BKS muss die Zeit bis zur Abstimmung nutzen und über die künftige Ausgestaltung des Lehrplans 21 im Kanton Aargau Transparenz schaffen,“ so Sabina Freiermuth-Salz, sonst laufe man Gefahr, dass die Initiative gegen den Lehrplan 21 angenommen wird. „Die Initiative aber verhindert weniger den Lehrplan 21, als dass sie eine starre Fächerkombination im Schulgesetz verankert. Wichtige Lerninhalte wie zum Beispiel die Berufsbildung würden ausgelassen. Statt Probleme zu lösen, schafft die Initiative neue Schwierigkeiten.“

Trotz der schwierigen Umstände gelingt es der Moderatorin Dr. Sandra Kobelt erfolgreich durch die Diskussion zu führen.

Victor Brun weist darauf hin, dass die Initianten keine Lösungen aufzeigen wie der Verfassungsauftrag zur schweizweiten Harmonisierung der Bildung umgesetzt werden soll. Die Initianten wollen einfach verhindern. Der Bund würde bei einer Annahme der Initiative durch das Aargauer Stimmvolk intervenieren müssen, um so seinem Verfassungsauftrag der Harmonisierung

der Schule gerecht zu werden. Die Gegner der Initiative heben zudem hervor, dass das Modell des LP21 an den Berufsschulen seit mehr als zehn Jahren erfolgreich erprobt ist.

Mit dem Lehrplan21, so Initiant Bruno Nüsperli, schere die Schweiz international aus. Harmonisierungsbedürftige Bereiche dagegen wie die Fremdsprachen werden durch den LP21 unbefriedigend behandelt. Schüler müssten in der Schule weiterhin durch den Frontalunterricht gebildet werden und nicht nur diskutieren lernen. Auch sei der Lehrplan 21 viel zu kompliziert und vielschichtig, als dass eine Lehrperson diesen je korrekt umsetzen könne.

Sabina Freiermuth-Salz prophezeit dem BKS Schiffbruch mit dem neuen Lehrplan, sollte es dem Departement nicht gelingen, dem Stimmvolk klar und deutlich zu vermitteln, wie dieser im Kanton umgesetzt wird. „Und solange die Fremdsprachen nicht harmonisiert sind und jeder Kanton seine eigenen Stundentafeln festsetzen kann, sollen für einen neuen Lehrplan keine Umgestaltungen in Angriff genommen werden, welche erst noch erhebliche Kosten mit sich bringen“ so Freiermuth.. Ob ihre mahnenden Worte vom BKS erhört werden, wird die Abstimmung zur Initiative Anfang 2017 zeigen.

<http://www.aargauerzeitung.ch/beitrag/vereinsmeldung/das-departement-bks-des-kantons-aargau-im-kreuzfeuer-der-lehrplan-21-gegner-129604845>

Südostschweiz, 30.09.2015

Mütter und Grossmütter sind alarmiert!

Wenn der Sprössling seiner Grossmutter erzählt, er müsse im Mathematik-Arbeitsheft nicht alle Aufgaben lösen, die auf einer Seite stehen, diese Hefte seien nicht so wichtig, denn zählen würden nur die Tests, dann läuten bei dieser Oma die Alarmglocken. «Ja was machst Du denn, wenn Du fertig bist und die anderen Kinder noch rechnen?»



Elisabeth Calcagnini

«Ich bleibe dann ganz ruhig, streite nicht, renne nicht herum und zeichne Roboter, damit die Lehrerin mich nicht bemerkt und ich nicht noch mehr rechnen muss.»

Diese Grossmutter ist nicht die einzige, die Fragen stellt. Auch die Mutter, deren Tochter mit Wochenplan unterrichtet wird und jeweils am Mittwoch schon fertig ist mit dem Programm. Den Rest der Woche verbringt das kluge Mädchen ausserhalb des Schulzimmers, auf dem Flur, darf auf dem iPad Lernspiele machen oder ein bisschen im Netz surfen. Ihr Soll für diese Woche hat sie ja schliesslich erfüllt.

Viele Mütter beobachten früher Unvorstellbares. Eine Erstklässlerin löst zu Hause ein Blatt mit Aufgaben wie $8 + 5$. Munter zählt das Mädchen auf dem Massstab, der vor ihr liegt, mit dem Finger nach und füllt das Resultat in die Lücke. Die Mutter wundert sich: «Hat die Lehrerin nicht erklärt, wie man das rechnet?» «Nein, sie sagt, wir dürfen abzählen.»

Die Aussage einer anderen Mutter: Drei Mädchen sollen individuell einen möglichen Lösungsweg zur gestellten Mathematik-Aufgabe suchen. Eines arbeitet, die andern zwei warten still. Darauf angesprochen, ob sie gut vorankommen, antwortet eines der beiden: «Wir warten auf Sarahs Lösung, sie ist gut in Mathe.»

Mein Enkel im Kanton Zürich hatte plötzlich schlechte Noten in Mathe. Ich liess mir sein Heft zeigen. Ein unübersichtliches Chaos, in dem er sich selbst nicht mehr zurecht fand. Er machte die Hausaufgaben irgendwo, ohne klare und übersichtliche Darstellung. Die Lehrerin merkte es nicht, denn sie liess die Kinder immer selbst das Heft von einem Kollegen korrigieren.

Die Liste der Beispiele lässt sich fortsetzen: Die schwer zu bewältigende Blätterflut in den Schultaschen, die nicht beachteten Rechtschreibfehler, die Mischformen von Druck- und Schnürlischrift, die Sitzordnung, bei der die Kinder gegen die Wand schauen müssen, usw.

Viele Eltern und Grosseltern reiben sich die Augen und fragen: **Was ist los in unseren Schulen?**

Wir beobachten bereits die Folgen der in den letzten 20 Jahren eingeführten übertriebenen Individualisierung des Unterrichts, der Integration um jeden Preis, des Lernens nach dem Lustprinzip, der Verteufelung des Frontalunterrichts, der vernachlässigten Korrekturen durch die Lehrpersonen. Auch diese Aufzählung liesse sich fortsetzen.

Die Tatsachen, dass der Bildungserfolg seit einigen Jahren stetig sinkt, dass viele Eltern zu Hause ihren Kindern Nachhilfestunden erteilen oder dass nach der obligatorischen Schulzeit ein Zwischenjahr eingeschoben werden muss, um die schlimmsten Lücken zu füllen, sollte Anlass genug sein für einen Stopp und eine Korrektur der erfolglosen Reformen. Stattdessen verfassen die Bildungsbürokraten einen überdimensionierten neuen Lehrplan, der diese verheerende Ideologie festschreiben soll.

Noch so gerne würden sich unsere Lehrerinnen und Lehrer einfach wieder einmal ganz normal ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Unterrichten widmen und dies unter Bedingungen, die ihnen Raum und Zeit lassen, sich den Kindern zuzuwenden.

<http://www.suedostschweiz.ch/blog/die-schule-von-morgen/2015-09-30/mutter-und-grossmutter-sind-alarmiert>